

Aus unserem Newsletter:

Thema des Monats Juni 2018

von *Christa Kaletsch und Manuel Glittenberg*

## Das DeGeDe-Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ zieht eine Zwischenbilanz

Wie wollen wir zusammenleben? und Wer ist ‚wir‘? – Das sind zwei zentrale Fragestellungen, mit denen das im Mai 2016 gestartete Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ in Hessen bei kommunalen Schlüsselakteuren, ehrenamtlich Aktiven und in schulischer- und außerschulischer Bildung Tätigen Reflexionsprozesse anstößt, Anregungen zur (Weiter-)Entwicklung einer Teilhabekultur gibt und Handlungsoptionen im Umgang mit diskriminierenden Haltungen aufzeigt.

„Ich habe bemerkt: Wir denken viel zu viel in Schubladen. Wir sollten dem Impuls folgen und bei unserer Planung künftig weniger über Angebote für (von uns konstruierte) Gruppen gehen, sondern vielmehr über Themen, die verschiedene Menschen in ihrem Leben(sumfeld) bewegen“, fasst eine Teilnehmerin eine wichtige Erkenntnis der zweitägigen vom Projekt Zusammenleben neu gestalten geleiteten Klausurtagung zusammen. Die Mitarbeiter\*innen zweier Abteilungen einer mittelgroßen hessischen Stadt waren zur Reflexion der Verwaltungs- und Arbeitspraxis zusammengekommen. „Ich nehme mir vor, weniger auf die Akteure, die sich diskriminierend verhalten, zu schauen und mich mehr auf die davon potentiell Betroffenen zu konzentrieren“, ergänzt ein anderer Teilnehmender und benennt damit die zweite wichtige – und mit dem erstgenannten Themenfeld Teilhabekultur stark verschränkten – thematischen Säule des im Mai 2016 gestarteten Projekts der DeGeDe in Hessen. Das dreiköpfige von Frankfurt aus in vielen hessischen Regionen tätige Team zieht eine Zwischenbilanz seiner Arbeit. Mit dem Ergebnis, dass die zu Projektbeginn entwickelten Themenfelder – Sensibilisierung für ein heterogenitäts- und betroffenenensibel Auseinandersetzungen mit Diskriminierungsgeschehen und die Unterstützung bei der Entwicklung inklusiv-partizipativer Handlungsräume – weiterhin passend sind und in ihrer Bedeutung sicher nicht an Relevanz verloren haben.

### Entstehung und Handlungsfelder des Projekts

Entstanden ist das Projekt unter dem Eindruck des Sommers der Migration 2015 [1] und aufgrund der langjährigen Arbeit im Kontext der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Hessen und der langjährigen Tätigkeit im „beratungsNetzwerk hessen. Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. In diesem Zusammenhang hatten Mitglieder des Teams Impulse zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierungsgeschehen gesetzt und sich insbesondere für die Wahrnehmung der Perspektive potentiell Betroffener stark gemacht [2]. Hinzu kamen vielfältige Erfahrungen in der Begleitung und Beratung von Schulen in Bezug auf Fragen des Konfliktmanagements und der

Demokratieentwicklung, sowie der Konzeptentwicklung zu Themen der Gewaltprävention und des Demokratielernens und der politischen Bildung [3].

Die vom Demokratiezentrum Ende 2015 in Auftrag gegebenen Studie: „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“ bildete einen Ausgangspunkt der Konzeption des Projekts. Auf Grundlage der Erfahrungen in den oben geschilderten Arbeitsfeldern flossen deren Ergebnisse in die konzeptionelle Entwicklung des Projekts ein. Die Studie befasst sich mit der Frage, worauf es ankommt, um vor Ort „ein gesellschaftliches Klima der Offenheit und aktiven Partizipation für die Integration von Flüchtlingen aufrechtzuerhalten oder zu schaffen“ [4]. Auf Grundlage qualitativer Experteninterviews mit kommunalen Schlüsselakteuren vermitteln die Autorinnen des Instituts für Soziale Arbeit (ISS) in Frankfurt einen Einblick in Haltungen und Herangehensweisen, verdeutlichen Ressourcen und Bedarfe.

Auf ebendieser Grundlage wurden die beiden zentralen Handlungsfelder des Projekts entwickelt:

*Sensibilisierung für ein heterogenitäts- und betroffenenensibel Auseinandersetzungen mit Diskriminierungsgeschehen*

Gibt es eine Besprechbarkeit von Diskriminierungsgeschehen und diese reproduzierenden, manchmal unbeabsichtigten Konstruktionen und Diskurse? Haben Schlüsselakteure offene Ohren und offene Augen für die Erfahrungen Betroffener und besteht eine aktive Solidarität mit und Schutz von Betroffenen sowie eine klare Positionierung z.B. des Bürgermeisters, dass alle an einem Ort Lebenden das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit genießen und eine Verletzung desselben nicht geduldet wird?

*Unterstützung bei der Entwicklung inklusiv-partizipativer Handlungsräume*

Dabei geht es um die Frage, wie Geflüchtete von neu Angekommenen zu selbstverständlich gesellschaftlich Teilhabenden werden. Darüber hinaus gibt die gegenwärtige Situation auch Anlass, sich mit Fragen der Verfasstheit der Gesellschaft in Deutschland zu beschäftigen. Fragen der selbstverständlichen Zugehörigkeit aller an einem Ort lebenden Menschen sind zu thematisieren und dabei entsprechend diskriminierungskritisch und heterogenitätssensibel über die Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten im Gemeinwesen nachzudenken.

Die Förderung und Stärkung eines demokratischen und menschenrechtsbasierten Gemeinwesens in Hessen bildet das zentrale strategische Entwicklungsziel des Projekts.

## Zwischenbilanz & Herausforderungen

Die größte äußere Herausforderung für die Entwicklung der Willkommenskultur hin zu einer Teilhabekultur liegt sicherlich in einer Verschiebung gesellschaftlicher und politischer Diskurse, die die uneingeschränkte Anerkennung der Universalität der Menschenrechte zunehmend in Frage stellt und welche sich in einem anhaltenden Bestehen von Anfeindungen und rassistischer Gewalt ausdrückt. Auch in Hessen gibt es weiterhin rassistisch motivierte Übergriffe auf Einrichtungen und Menschen; im Jahr 2017 wurden 68 gezählt, 2016 waren es 106 (<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>). Aus unserer Beratungspraxis wissen wir jedoch, dass diese registrierten Fälle nur einen Teil der tatsächlichen gegen Geflüchtete gerichteten rassistischen Gewalt abbilden. Alltagsrassistische Diskurse sind weiterhin nicht nur in virtuellen Netzwerken und Räumen spürbar. Mit der zunehmenden Präsenz (neu-)rechter Stimmen im öffentlichen Diskurs und der sich fortsetzenden politischen Etablierung und Radikalisierung der Partei Alternative für Deutschland ist eine gesellschaftliche Normalisierung rassistischer und anderer diskriminierender Positionen feststellbar, die das gesellschaftliche Klima insgesamt prägt und den Raum für eine demokratische, menschenrechtsbasierte Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen verengt.

Die Auseinandersetzung mit Menschenrechte verletzenden Positionen, Rassismus gegen Geflüchtete sowie Anfeindungen von in der Flüchtlingshilfe engagierten Menschen machen von Anfang an einen beträchtlichen Anteil der Beratungsanfragen aus. Gleichzeitig zeigte sich (nicht nur im Rahmen der Workshops mit ehrenamtlich Aktiven) deutlich, dass die Themen Teilhabe (Partizipationskultur) und Wahrnehmung von Rassismus (Konfliktkultur/Opferschutz) stark miteinander verschränkt sind und nicht getrennt voneinander behandelt werden können. Je weniger die Pluralität der Gesellschaft als selbstverständlich betrachtet und je höherschwellig die Teilhabechancen für neu in das Gemeinwesen kommende Menschen beschrieben werden, desto problematischer erscheint es wiederum, Anfeindungen und Rassismen als solche wahrzunehmen und gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln, die Solidarität und Opferschutz priorisieren. Zu der bei Projektbeginn formulierten Leitfrage: „Wie wollen wir zusammenleben?“ kam der Bedarf dazu, gleichermaßen dialogische wie diskriminierungskritische Klärungsprozesse zu begleiten, die sich grundlegend der Frage: „Wer ist ‚wir‘?“ stellen und zu einer kritischen Reflektion unterhinterfragter Homogenitätsvorstellungen einladen und über die Entwicklungen aktueller Fragen von Flucht und Migration hinaus Fragestellungen von Alltagsrassismus und Diskriminierung behandeln.

Die (medialen) Diskurse, die das Thema Flucht und Migration in diskriminierender Weise auf sicherheitspolitische Fragestellungen reduzierten, sowie die (insbesondere durch die AfD beförderte, aber grundsätzlich vorhandene) Präsenz völkischer Vorstellungen bei der Verhandlung von Zugehörigkeit warf neue Herausforderungen auf, auf die das Projekt mit verschiedenen interaktiven Impulsen und Workshop-Formaten reagierte. Dabei konnten die Teilnehmenden vielfach zu Reflexionen eigener Haltungen angeregt werden.

In Bezug auf die Teilhabe neu in Hessen lebender Menschen mit Fluchterfahrungen entsteht der Eindruck, dass vor Ort intendierte Partizipationsprozesse durch unsichere Rahmenbedingungen erschwert werden. Teilhabe braucht Sicherheit im Status. Solange Geflüchtete nicht wissen, ob und wie ihre Bleibeperspektiven sind, fällt es ihnen schwer, u.a. von Flüchtlingshilfen initiierte Partizipationsangebote, die über die Gestaltung gemeinsamer punktueller Formen (wie Beteiligung an Straßen-, Dorf- und Gemeindefesten) hinausgehen, als gewinnbringend zu erleben und sich entsprechend einzubringen.

Stärkende Impulse gehen von einem in Kooperation mit dem International Tracing Service in Bad Arolsen entwickelten Fortbildungsangebot aus, das sich an Personen richtet, die haupt- oder ehrenamtlich mit Geflüchteten zu tun haben bzw. mit den Themen Flucht/Asyl, Migration, gesellschaftliche Pluralität befasst sind. Der neu entwickelte Workshop 'Wer ist 'Wir'? gesellschaftliche Heterogenität und Homogenitätsvorstellungen in Geschichte und Gegenwart kombiniert Elemente der historischen Bildungsarbeit mit demokratiepädagogischen und menschenrechtsorientierten Methoden und vermittelt Handlungssicherheit im Umgang mit Heterogenität sowie eine Stärkung in der Auseinandersetzung mit Homogenitätsvorstellungen und Rassismus.

Rassistischen und autoritären Krisendeutungen solidarische Ansätze entgegenzusetzen und Deutungen aufzuzeigen, die die vielfachen sozialen Krisenerfahrungen ernst nehmen und menschenrechtsorientiert und solidarisch für alle zu beantworten versuchen, ist das Anliegen des neuen konzeptionellen Entwicklungsfelds „Weltinnenverhältnisse“ des Projekts. Hierzu werden ab Ende des Jahres Fortbildungen für Aktive der schulischen und außerschulischen Bildung sowie Engagierte der haupt- oder ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit angeboten.

### **Literaturhinweise:**

[1] Wir benutzen an dieser Stelle bewusst nicht den Begriff der „Flüchtlingskrise“, da dieser die problematische Botschaft von Flüchtlingen als Verursacher einer Krise transportiert. Der Begriff „Sommer der Migration“ kommt aus dem Kontext der kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung.

[2] Siehe Kaletsch, Christa/Glittenberg, Manuel (2015): Die Relevanz der Betroffenenperspektive in der Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. In: Boehling u.a. (Hrsg.): Freilegungen. Spiegelungen der NS-Verfolgung und ihrer Konsequenzen. Göttingen, S. 255-266.

[3] Siehe hierzu u.a. Kaletsch, Christa/Rech, Stefan 2015: Heterogenität im Klassenzimmer. Methoden, Beispiele und Übungen zur Menschenrechtsbildung; Kaletsch 2017: Demokratietraining

[4] Aliche, Tina/Bohn, Irina (2016): Wie kann die Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt? Eine Expertise, Schwalbach/Ts. S.7

*Das Projekt ist aus Mitteln des Bundesprogramms Demokratie leben gefördert und Teil des Beratungsnetzwerks Hessen, welches vom Demokratiezentrum an der Universität Marburg geleitet wird.*

*von Christa Kaletsch und Manuel Glittenberg, 06.2018*